

„Famill 2000“ stellt Forderungskatalog in Sachen Familienpolitik vor

## „Der Staat soll sich weniger einmischen“

Claude Molinaro

„Famill 2000“ bezeichnet sich selbst als einzige Lobby im Interesse der Familie. Gestern Morgen stellte die Vereinigung einen Katalog mit 77 Vorschlägen im Bereich Familienpolitik vor.

Luxemburg brauche eine Familienpolitik, die dazu ermutige, wieder mehr Kinder zu kriegen, denn nur so könnte man das demografische Problem des Landes lösen. Die Politik müsse das Thema „Familie“ globaler angehen, als sie es bis dato tue, meinte Steff Schaefer, Präsident von „Famill 2000“. Es gebe eine Tendenz, alle Elemente einer Familie (Kinder, Ältere, Frauen) einzeln zu betrachten.

„Famill 2000“ setzt sich dafür ein, dass die Arbeit, welche die Eltern innerhalb der Familie verrichten, auch dementsprechend anerkannt werde. Man wolle, so Steff Schaefer, eine tiefgreifende Diskussion über den Wert der Arbeit in den Familien.

Die Vereinigung stelle fest, dass die aktuelle Familienpolitik, immer mehr das Ziel der sozialen Gerechtigkeit aus den Augen verliere. Es dürfe nicht sein, dass die Geburt eines Kindes mit sozialem Abstieg einhergehe. Man verlange deswegen eine globale Familienpolitik.

### Impaktstudien

So sei es wünschenswert, wenn bei jedem Gesetzesprojekt eine Familienimpaktstudie erarbeitet werde. Es könnte auch, wie dies in Frankreich schon üblich sei, eine jährliche Konferenz stattfinden, wo alle betroffenen sozialen Institutionen zusammen Probleme und Lösungen im Bereich der Familienpolitik diskutierten.

Große Mängel sieht die Vereinigung im Bereich der Steuerpolitik. Paare mit Kindern müssten



Foto: Hervé Montaiqu

„Famill 2000“ verlangt, die Familienpolitik soll sich der Familie als Ganzes annehmen

bei gleichem Einkommen den gleichen Lebensstandard genießen können wie kinderlose Paare. Als „fundamental falsch“ bezeichnete Steff Schaefer die Entscheidung, Familienzulagen nicht mehr zu indexieren. „Famill 2000“ fordert nicht nur eine Rückkehr zur Indexierung, sondern ebenfalls eine deutliche Anhebung der Zulagen.

Die Anrechnung der sogenannten Baby-Jahre soll von zwei auf vier Jahre angehoben werden. Für die Haushaltsartikel, die eine Familie regelmäßig benötigt, wird ein verminderter Mehrwertsteuersatz verlangt.

Die „Familienlobby“ ist eben-

falls der Meinung, dass Arbeit kein Hindernis für ein erfülltes Familienleben sein dürfe. Im Gegenteil: Arbeit solle zur Entfaltung der Familie beitragen. Die Eltern dürften nicht gezwungen werden, zwischen Beruf und Kinder wählen zu müssen. Deshalb müssten bezahlte Arbeit und die Arbeit in der Familie gleichberechtigt sein.

Die Politik müsse die materiellen Voraussetzungen schaffen, welche es den Paaren erlauben, so viele Kinder zu haben, wie sie es wünschen.

„Famill 2000“ bedauert, dass diese Problematik auf die Frage der Kinderbetreuung reduziert

wird. Kinderkrippen und „Maison relais“ seien nur einige Lösungen. Das System der Dienstleistungsgutscheine („chèques service“) wird als diskriminativ gegenüber den Familien empfunden, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Es dürfe nicht sein, so Steff Schaefer, dass der Staat von oben herab diktiere, wie eine Familie sich organisiere.

Viele Eltern wünschten sich eine Berufsunterbrechung, um sich der Erziehung ihre Kinder zu widmen. Deswegen wird unter anderem eine bessere Arbeitszeitplanung für Eltern verlangt.

Personen, die eine Zeit lang mit dem Beruf aufhörten, um sich mit

der Erziehung ihrer Kinder zu befassen, und später wieder einer Arbeit nachgehen möchten, sollten Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung erhalten. Der Mutterschaftsurlaub solle auf 20 Wochen resp. 26 Wochen (falls die Mutter stillt) und der Elternurlaub auf ein Jahr angehoben werden.

Alles in allem, so Schaefer, müsse jede Familie selber entscheiden können, wie sie sich organisiert. Der Staat solle sich weniger in diesem Bereich einmischen.

INTERNET

[www.famill2000.lu](http://www.famill2000.lu)